

# VWFI urgiert Bildungsreform

Von Apa | 14.05.2014

"Wie wir mit dem Potenzial der Kinder umgehen, ist eine Sauerei" findet Georg Kraft-Kinz, Obmann des Vereins Wirtschaft für Integration (VWFI). Ausdrücklich meint er dabei nicht die Lehrer. Diese seien "die wichtigsten Integrationsbeauftragten, die am wenigsten gelobt werden". Es gehe um strukturelle Fragen, etwa den Ausbau der Ganztagsbetreuung oder Sprachförderung schon im Kindergarten.

"Alles Notwendige ist bekannt, aber wir gehen es nicht an", kritisiert Kraft-Kinz. "Wir sind als Wirtschaftstreibende sehr für Sparen, aber die Architekten der Zukunft sind die Lehrer und Lehrerinnen", im Bildungssystem einzusparen sei der falsche Weg. Der Verein, der seit fünf Jahren besteht, hat heuer 20.000 Euro für ein Projekt ("Zukunftschancenfonds") aufgestellt, um in der Wiener Wendtstattgasse Kindern aus benachteiligten Familien die Teilnahme an der Nachmittagsbetreuung zu ermöglichen. "Es darf nicht am Einkommen liegen, ob jemand gefördert wird" sagt Vereinsobmann Ali Rahimi. Außerdem gibt es für fünf finanziell schlechter gestellte Studenten an der Wiener Wirtschaftsuniversität (WU) je 2.000 Euro, um einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen. Der mehrsprachige Redewettbewerb "sag's multi" geht zum sechsten Mal über die Bühne und auch das Paten-Programm geht weiter.

In Wien haben bei den ganz jungen Menschen bereits 70 Prozent einen Migrationshintergrund, erinnerten Kraft-Kinz und Rahimi am Mittwoch anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Vereins. Für den Verein ist ein weiteres großes Anliegen eine Diskussion über Staatsbürgerschaften. Über eine Million der in Österreich lebenden Menschen hat nicht die Staatsbürgerschaft. "Wir wollen nicht akzeptieren, dass zehntausende Kinder in Österreich geboren werden und Ausländer sind, die wir dann integrieren müssen", kritisiert Vorstand Bettina Glatz-Kremsner. Man sollte über die Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft diskutieren und auch darüber nachdenken, allen hier geborenen Menschen die österreichische Staatsbürgerschaft zu gewähren, meint Kraft-Kinz.

Österreich gehen viele talentierte junge Menschen mit Migrationshintergrund verloren, die Österreich nur als Durchreiseland nutzen. Die Rot-Weiß-Rot-Card müsse "nachjustiert" werden, um den Bachelor als Uni-Abschluss zu akzeptieren und die Einkommensgrenze zu senken. Die "gläserne Decke" müsse durchstoßen werden. Ziel könne nicht sein, dass Migranten in Teilzeit und schlecht bezahlten Jobs hängen bleiben. Österreich fehlen rund 30.000 Facharbeiter, woher sie geholt werden sei nicht wichtig, aber Österreich müsse so attraktiv sein, dass sie aus allen Ländern herkommen.

Der Verein Wirtschaft für Integration hat in fünf Jahren rund 3,5 Mio. Euro für Projekte aufgestellt und genutzt. Die Verwaltungskosten in der Größenordnung von einer halben Mio. Euro wurden von der Raiffeisen Landesbank Niederösterreich-Wien getragen. "Es fließen keine Sponsorengelder in die Verwaltung des Vereins", betont Kraft-Kinz. Es gebe genug zu tun, um sicher weitermachen zu wollen: Neben der Bildung sind die Themen der Zugang zum Arbeitsmarkt, die Teilnahme am politischen System und die Kommunikation.

Gratulation zum Jubiläum gab es am Mittwoch von der Caritas. Die Wirtschaft leiste mit dem Verein "einen wichtigen Beitrag zur sachlichen Diskussion, um Ängste abzubauen und Chancen von Integration aufzuzeigen". Im Bildungssystem sei noch einiges zu tun, "kein Kind darf zurückgelassen werden, alle müssen auf die Bildungsreise mitgenommen werden", schreibt Klaus Schwertner, Generalsekretär der Caritas der Erzdiözese Wien, in einer Aussendung. Die Hürden für die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse seien zu hoch, die Rot-Weiß-Rot-Card und das österreichische Staatsbürgerschaftsgesetz müssten dringend reformiert werden.